

nigfaltigen Quellen- und Literaturhinweise erleichtern eine Weiterbeschäftigung ungem.

Daß bei einem solchen Unternehmen mit über 200 Mitarbeitern nicht überall das gleiche Niveau gewahrt werden konnte, versteht sich von selbst. Nicht alle Autoren haben sich an die Vorgaben gehalten; manches hätte man sich durchaus konziser vorstellen können, anderes hätte man sich dafür ausführlicher gewünscht, zumal wenn die Ballung an Informationen so weit geht, daß das eine oder andere nur noch für den Fachmann, der über die Kenntnis der notwendigen Zusammenhänge verfügt, verständlich erscheint. Einiges dürfte auf den Zeitdruck zurückzuführen sein, unter dem das Unternehmen entstehen mußte, so manche sprachliche oder grammatikalische Nachlässigkeit und etwa die vereinzelt eigentlich schon das Maß des Tolerablen übersteigende Fehlerquote bei einigen, vor allem slawischsprachigen bibliographischen Angaben. Und natürlich hätte man auch gern ausführliche Register gehabt, denn längst nicht alles wird durch die Verweise bei den Einzelartikeln aufgefangen. So müßte man sich z.B. nicht fragen, warum anstelle der von Hugo Weczerka schon vor längerem zusammengestellten über 30 Haupt- und Nebenresidenzen der schlesischen Piasten<sup>1</sup> hier nicht einmal die Hälfte mit einem eigenen Artikel bedacht ist, denn viele der nicht berücksichtigten werden wenigstens in anderen Zusammenhängen benannt. Vielleicht kann ja einiges von diesen Wünschen in einer möglichen Internetversion des Handbuchs, auf die der Hrsg. in seinem Vorwort schon Appetit macht, berücksichtigt werden – und nur dazu sollen diese Monita anregen, denn insgesamt wiegen sie ja nur gering im Vergleich zu dem immensen Nutzen dieses sicher bald unverzichtbaren Nachschlagewerks.

Marburg/Lahn

Winfried Irgang

<sup>1</sup> HUGO WECZERKA: Die Residenzen der schlesischen Piasten, in: Fürstliche Residenzen im spätmittelalterlichen Europa, hrsg. von HANS PATZE und WERNER PARAVICINI, Sigmaringen 1991 (Vorträge und Forschungen, 36), S. 311-347.

**Zwischen Autonomie und Anpassung, Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts.** Hrsg. von John Connelly und Michael Grüttner. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn u.a. 2003. 285 S. (€ 40,-)

Das Verhältnis von diktatorischen Regimen zu den Universitäten wird von einem nur schwer aufzulösenden Gegensatz bestimmt: Die Regierungen sind zwar auf wissenschaftliche Forschung und die Ausbildung von Student/inn/en angewiesen, um ihre gesellschaftlichen, politischen und militärischen Ziele zu realisieren. Zugleich aber müssen sie in der Praxis ihrer Herrschaftsausübung zwangsläufig in die Unabhängigkeit der Universitäten eingreifen, obwohl diese nach allgemeiner Überzeugung autonom sein müssen, um wissenschaftliche Erfolge erzielen zu können. In seinen einleitenden Bemerkungen formuliert John Connelly dieses Paradox als zentralen Gegenstand der neun Beiträge, die aus einer Tagung in Berkeley im Jahr 2000 hervorgegangen sind. Nicht die wissenschaftlichen Inhalte universitärer Arbeit in diktatorischen Systemen stehen im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Frage nach Umfang und Methode der Durchsetzung staatlicher Vorgaben im Hochschulwesen sowie nach Kooperationsbereitschaft und Widerstand auf Seiten der Universitäten.

Michael David-Fox schildert in seinem Beitrag über das „seltsame Schicksal der russischen Universitäten“, welche Kehrtwendungen die Hochschulpolitik des jungen sowjetischen Staates im Zeitraum 1917-1932 genommen hat. Nachdem in den Bürgerkriegsjahren die Hochschulpolitik für die neuen Machthaber nur von nachrangiger Bedeutung gewesen war, unterwarf das Universitätsgesetz von 1922 die Hochschulen einer strengen staatlichen Kontrolle, sicherte aber zugleich die Existenz der Universität als Forschung und Lehre umfassende Einheit. Zwischen 1928 und 1931 betrieb dann im Rahmen der „so-

zialistischen Initiative“ eine Koalition aus radikalen Student/inn/engruppen und mit Wirtschaftsfragen befähigten staatlichen Stellen die Zerschlagung der Universitäten und die Eingliederung ihrer Fakultäten in die Volkskommissariate, um die Ausbildung von Fachleuten in technischen Berufen zu beschleunigen. Daß dieses Konzept seit 1932 nicht weiter verfolgt wurde, führt der Vf. auf das Bemühen der Staats- und Parteiführung um innere Geschlossenheit, aber auch auf den zähen Widerstand einzelner Universitäten, mit Leningrad an der Spitze, zurück. Die anschließenden Beiträge von Ruth Ben-Ghiat zum faschistischen Italien, Michael Grüttner zum nationalsozialistischen Deutschland und Miguel Ángel Ruiz Carnicer zum franquistischen Spanien behandeln jeweils die gesamte Herrschaftsdauer der Diktatur. In seinem essayistischen Beitrag über die Entwicklung in Ungarn betont György Péteri die Notwendigkeit, „Universität“ und „Diktatur“ flexibel zu definieren. So sei bereits vor der endgültigen Machtübernahme durch die Kommunisten 1948 die Autonomie der Universitäten aufgehoben worden, da sich ein breites gesellschaftliches Spektrum dafür eingesetzt habe, die Universitäten besser auszustatten und zugleich einer strengeren staatlichen Aufsicht zu unterstellen. Jan Havránek behandelt die Entwicklung in der Tschechoslowakei unter dem Titel „Die tschechischen Universitäten unter der kommunistischen Diktatur“, wobei nicht hinreichend deutlich wird, ob er die Slowakei gezielt ausspart oder doch die Geschehnisse im Gesamtstaat bewerten möchte. Obwohl der Staat die Universitäten seiner vollständigen administrativen Kontrolle unterwerfen konnte, gelang es ihm nicht, Hochschullehrer/inn/en und Student/inn/en in nennenswerter Zahl auf seine Seite zu ziehen – „politische Apathie“ wechselte sich ab mit offener Auflehnung in den Jahren 1968 und 1989. Die Hochschulen gehörten so „zu den politischen Schwachpunkten der Diktatur“. In seinem Beitrag zu Polen beschränkt sich Connelly auf den Zeitraum 1944-1968 und konzentriert sich auf die Frage, ob sich die Universitäten der „intellektuellen Komplizenschaft“ mit dem Regime schuldig gemacht haben. Anders als in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der DDR wurde die kommunistische Machtübernahme in Polen nicht von „Säuberungen“ innerhalb der Dozentenschaft begleitet. Der Vf. beschränkt sich auf die vorsichtige Einschätzung, daß die Universitätsabsolvent/inn/en wegen ihrer Bedürfnisse an sozialer Sicherheit eher zu Kompromissen gegenüber dem Staat bereit waren als die Student/inn/en, bei denen die „romantische Tradition“ und in den 1980er Jahren der Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen leichter eine oppositionelle Haltung aufkeimen ließen. Am stärksten ins Detail geht der Beitrag von Douglas A. Stifter zur Sowjetisierung und Umstrukturierung der Universitäten in China 1949-1952. Trotz seiner anschaulichen Beispiele für die anfangs beträchtlichen kulturellen Unterschiede zwischen dem revolutionären China und der stalinistischen Sowjetunion hält er es für nachvollziehbar, daß die Übernahme des kommunistischen Systems an den Hochschulen gelang: Die entsprechenden Reformen, so die bessere geographische Verteilung der Hochschulen und ein neuer Zuschnitt der Lehrfächer, seien im Grunde nur die Fortsetzung der Politik des Guomindang-Regimes gewesen. Ralph Jessen schließlich wirft bei der Beschreibung des Hochschulwesens in der DDR vergleichende Blicke auf die Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten: Anders als in Polen und auch der Tschechoslowakei stellten die Universitäten zu keinem Zeitpunkt Zentren des Widerstandes dar, sondern waren „ein Hort routinierter Anpassung und Loyalität“. Neben dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR und dem in der deutschen Geschichte unerschwellig vorhandenen Ideal des staatstreuen, aber unpolitischen Gelehrten wirkte sich die Teilung Deutschlands dahingehend aus, daß oppositionell eingestellten Hochschullehrer/inn/en die Übersiedelung in die Bundesrepublik als Option nie völlig verschlossen blieb. Abgeschlossen wird der Band mit einem ausführlichen Resümee Grüttners, das die Ergebnisse der einzelnen Beiträge miteinander vergleicht. Er identifiziert dabei fünf Wege, die von den Diktaturen eingeschlagen wurden, um die Hochschulen ihrer Kontrolle zu unterwerfen: Neuausrichtung von Forschung und Lehre, „Säuberung“ des Lehrkörpers, Reglementierung der Studienzulassung unter politischen Gesichtspunkten, Beschneidung der

universitären Selbstverwaltung sowie die Einschränkung des wissenschaftlichen Austausches mit dem Ausland.

Die einzelnen Beiträge beschreiben das eingangs vorgestellte Paradox und liefern mehrheitlich einen wertvollen Überblick über die jeweilige Hochschulentwicklung. Am anregendsten aber erscheinen die Beiträge von David-Fox und Stifter, die sich auf einen engen zeitlichen Rahmen beschränken und so ein lebendigeres Bild von den Spannungsverhältnissen zwischen Hochschulen und Staatsapparat zeichnen können. Ein einheitlicher Typus von Universitäten – dies zeigen alle Beiträge – läßt sich aber weder in Rechts- noch in Linksdiktaturen nachweisen.

Marburg/Lahn

Christoph Schröder

\* Diese Rezension erschien auch in: *sehpunkte* (www.sehpunkte.de).

**Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit.** Hrsg. von Manfred Hettling. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2003. 372 S. (€ 28,90.)

Seit Willi Oberkrome zu Beginn der 1990er Jahre seine Untersuchungen über die deutsche ‚Volksgeschichte‘ vorgelegt hat, bewegt die historiographiegeschichtliche Forschung die Frage, ob und in welcher Hinsicht die nach dem Ersten Weltkrieg als neues geschichtswissenschaftliches Paradigma hervorgetretene Volksgeschichte ungeachtet ihrer politisch regressiven, völkisch-nationalkonservativen Ausrichtung methodisch, inhaltlich und institutionell innovativ gewesen ist und ob sie gar als ein methodologischer Vorläufer der bundesrepublikanischen Struktur- bzw. Sozialgeschichtsschreibung angesehen werden kann. Weniger Aufmerksamkeit hat dagegen die nicht minder spannende Frage gefunden, ob und wenn ja in welcher Weise die deutsche Volksgeschichte im Kontext der europäischen Historiographien des ‚kurzen‘ 20. Jh.s ein singuläres Phänomen dargestellt hat. Der vorliegende Sammelband bietet erstmals Antworten auf diese Frage, indem er neben einem zusammenfassend-einführenden Beitrag (Manfred Hettling: Volk und Volksgeschichten in Europa), einem theoretisch-rechtsgeschichtlichen Essay (Jörg Fisch: Das Volk im ‚Völkerrecht‘) und einer ausblickenden, zur modernen Sozialgeschichte überleitenden werkorientierten Fallstudie (Reinhard Blänkner: Nach der Volksgeschichte. Otto Bruners Konzept einer ‚europäischen Sozialgeschichte‘) am Beispiel von elf europäischen Ländern untersucht, was im jeweiligen Fall als ‚Volksgeschichte‘ betrachtet werden kann. Teilweise deutlich über den im Titel definierten Beobachtungszeitraum – die Zwischenkriegszeit – hinausgreifend, werden der deutschen Volksgeschichte (Willi Oberkrome in einem, seine bisherigen Arbeiten zusammenfassenden Überblick) neben den italienischen (Christian Jansen), französischen (Lutz Raphael – mit ausdrücklicher Betonung der Nichtentsprechung von französischer und deutscher Siedlungs- und Agrarforschung), schwedischen (Bo Stråth) und serbischen (Holm Sundhussen) Pendants insbesondere auch die für diese Zeitschrift einschlägigen ostmitteleuropäischen Zugänge zur Seite gestellt. Moshe Zimmermann diskutiert ‚Volk und Land – Volksgeschichte im deutschen Zionismus‘, Anna Veronika Wendland fragt nach der ‚Volksgeschichte im Baltikum? Historiographien zwischen nationaler Mobilisierung und wissenschaftlicher Innovation in Estland, Lettland und Litauen (1919-1939)‘, Jan M. Piskorski schreibt über ‚Volksgeschichte à la polonaise. Vom Polonozentrismus im Rahmen der sogenannten Westforschung‘, und Peter Haslinger erörtert schließlich ‚Nationalgeschichte und volksgeschichtliches Denken in der tschechischen Geschichtswissenschaft 1918-1938‘. In allen Fällen werden dabei nicht nur klar und überzeugend die spezifischen ‚volksgeschichtlichen‘ oder volksgeschichtsnahen historiographischen Ansätze herausgearbeitet, sondern diese auch in die politischen, sozialen sowie mentalen Bedingungen und Zusammenhänge der jeweiligen Nationalgesellschaften eingebettet, aus denen heraus sie entstanden sind. Auf diese Weise kann der Sammelband einen breiten, ausgesprochen instruktiven